

zu Lasten der jeweiligen Grundstückseigentümer. Die obligatorische Bepflanzung ist in der der Bauvollendung folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

BEGRÜNDUNG

Der Ortsgemeinderat Kirrweiler hat am die
1. Änderung und Teilaufhebung des mit RE vom 06.03.1959 genehmigten
Bebauungsplanes beschlossen.

Die Änderung wurde notwendig, um an der Südgrenze des Baugebietes
von Pl.Nr. 1490/10 bis 1490/12 eine weitere Bebauung zu ermöglichen.

Da die Grundstücke Pl.Nr. 2116/16, 2149/1, 2148/3 und eine Teilfläche
von Pl.Nr. 2116/14 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Überwiesen
Teil A" und die restlichen Grundstücke Pl.Nr. 2153, 2154, 2156 1/2, 2155,
2156 1/3, 2156 1/4 und 2156 innerhalb der bebauten Ortslage liegen,
wurde die Teilaufhebung notwendig.

Das Baugebiet ist bereits an die Kanalisation mit zentraler Kläran-
lage, sowie an die zentrale Wasserversorgung der Verbandsgemeinde
Maikammer angeschlossen. Lediglich für die südlichen Teile der Grund-
stücke Pl.Nr. 1490/10 bis 1490/12 wird noch der Bau einer Kanalisa-
tionsleitung (Schmutzwasserkanal von 0,25 m Lichtweite) und einer
Wasserleitung (NW 100 mit Endhydrant) von je 40 m Länge erforderlich.
Das Regenwasser kann in den Kropsbach eingeleitet werden.

Für Kanal- und Wasserleitung sind 20.000,-- DM Baukosten zu erwarten.
Davon sind satzungsgemäß 90 % von den Anliegern und 10 % durch die
Verbandsgemeinde Maikammer zu tragen.

Die Bodenordnung wurde bereits durchgeführt.

HINWEIS:

Die Ziffern 8 und 9 der gestalterischen Festsetzungen sind bei den
einzelnen Bauanträgen im Bauschein als Auflage mitaufzunehmen.

Rechtsgrundlagen des Bebauungsplanes:

1. §§ 1, 2, 2a, 8, 9, 9a, 10, 30, 33 und 125 des Bundesbau-
gesetzes i. d. Fassung vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 943)
2. §§ 1 - 23 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. Fassung
der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1757)
3. §§ 1 - 3 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleit-
pläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenver-
ordnung 1981 - PlanzV 81) vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833
und 834)
4. § 9 Abs. 4 Bundesbaugesetz i. V. mit § 124 der Landesbau-
ordnung (LBauO) für Rheinland-Pfalz vom 27.02.1974 (Gesetz-
und Verordnungsblatt S. 53) und der 8. Landesverordnung
(Verordnung über Gestaltungsvorschriften in Bebauungsplänen)
vom 04.02.1959 (GVBl. S. 78) i. V. mit § 129 Abs. 4 Landes-
bauordnung vom 27.02.1974. Sofern dies zutrifft, ist es
auf dem Plan gesondert ausgewiesen.